

THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:

- Paradigmenwechsel rückwärts
- Jamaika schafft keinen echten Klimaschutz
- Wir brauchen eine Fachkräfteoffensive für unsere Kitas
- Die Berufliche Bildung hat eine hohe Aufmerksamkeit verdient
- Lehrbeauftragte endlich angemessen vergüten

Serpil Midyatli:

Paradigmenwechsel rückwärts

Die politische Frage vor knapp 10 Wochen lautete: Welchen Sound will die Landesregierung in die Bevölkerung vermitteln? Sie entschied sich für easy-going... Wird schon werden... Ein fataler Fehler, wie sich nun herausgestellt hat! Die SPD-Fraktion hat den Zick-Zack-Kurs Jamaikas zum Thema in der November-Landtagssitzung gemacht (Drs. 19/3406) und darüber hinaus eigene Lösungsvorschläge eingebracht. Dazu erklärt die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli:

„Am 23. September erklärte die Landesregierung ohne Not einen Paradigmenwechsel. Den Weg in die Normalität begründete die Koalition mit einem entscheidenden Unterschied gegenüber dem Herbst 2020: Den Impfungen, deren Wirksamkeit von Expertinnen und Experten bescheinigt wurden. Aber der Blick nach Dänemark war zu kurz gegriffen. Dort existiert bis heute ein ganz anderes Impf-Niveau. Zudem hat Günther den viel wesentlicheren Unterschied gegenüber 2020 außer Acht gelassen. Mit der Delta-Variante haben wir es mit einem ca. 6-fach ansteckenderen Virus zu tun. Hätte der Ministerpräsident den Expert*innen mal wirklich zugehört, wüsste er, dass wir gegenüber der Infektiosität mit knapp 70 % Impfquote sogar bedeutend schlechter dastehen als noch im letzten Jahr. Szenarien des RKI gingen die ganze Zeit davon aus, dass wir mindestens 85 %, besser 95 % Impfquote benötigen, um der vierten Welle zu begegnen. Das war alles im September schon bekannt! Ich habe damals unmissverständlich deutlich gemacht, dass dieser wohlklingende politische Weg einer aus Holz sein wird. Eigentlich wäre bereits Ende September flächendeckendes 2G geboten gewesen. Stattdessen ermöglichte Daniel Günther unter 3G-Bedingungen weitreichende Lockerungen. Das Tragen einer Maske und die Einhaltung von Abstandsregeln in kritischen Situationen wurden zum „Gebot“. Die Kontaktnachverfolgung wurde ausgesetzt, etwaige weitere Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung nicht ernsthaft erwogen.

„Genau das ist dieser Zick-Zack-Kurs, der die Menschen im Land gehörig nervt und verunsichert!“

Als Opposition haben wir die Landesregierung gewarnt. Hatten wir nicht genau dasselbe schon im letzten Jahr erlebt. War es klug, die Maßnahmen stark zu lockern, um sie später wieder verschärfen zu müssen? Wir glauben das nicht. Am Ende hatte Günthers groß angekündigter Paradigmenwechsel keine zwei Monate Bestand - ähnlich bei der Maskenpflicht in den Schulen. Die wurde von der Landesregierung am 1. November abgeschafft. Auch da haben wir als Opposition gewarnt, dass es zu früh ist. Wir hatten immer darauf gedrängt, das Ende der Herbstferien erstmal abzuwarten. Dann hätte man evaluieren können, mit welchen Auflagen wir sicher durch den Winter kommen. Stattdessen müssen nur vier Wochen später dieser Schritt kassiert und die Pflicht wird eingeführt werden. Dabei bekräftigte Ministerin Prien noch Ende Oktober und der Ministerpräsident am 11.11. diese Entscheidung. Zuerst feiert sich Günther für seine lockere Politik und vor zwei Wochen reißen dem Ministerpräsidenten und seinem Gesundheitsminister dann plötzlich die Geduldsfäden. Endlich wurde auch der Landesregierung klar, dass gehandelt werden muss. Wie zu erwarten, mussten Sie eine Woche später bereits weitergehende Maßnahmen verkünden. Die Halbwertszeit von Günthers Politik ist beachtlich kurz! 2 Monate, 4 Wochen, 1 Woche. Immer



schneller musste er seine Entscheidungen korrigieren. Genau das ist dieser Zick-Zack-Kurs, der die Menschen im Land gehörig nervt und verunsichert!

2G alleine wird nicht mehr reichen, um die vierte Welle nachhaltig in den nächsten Wochen zu brechen. Ich kann nicht oft genug betonen, wie dringend wir die Akzeptanz der Menschen brauchen. Es entzieht sich aber meinem Verständnis, weshalb sich Jamaika weder zu einer Wiedereinführung der bereits eingeübten Kontaktnachverfolgung noch zur Bereitschaft für 2G-Plus durchringen kann. Die Vorlage eines negativen Test-Ergebnisses, unabhängig vom Impfstatus, ist die einzige Möglichkeit, um Lockdowns abzuwenden.

Was uns auch Sorgen bereitet, sind die Konsequenzen für all die Betriebe, den Einzelhandel und die Gastronomie, die Arbeitsplätze in der Kulturbranche und die Schulen und die Hochschulen. Auch sorgen wir uns um die Menschen, die jetzt wieder sozial vereinsamen könnten. Jamaika benennt keine Maßnahmen oder konkrete Hilfen. Wir müssen als Politik neben den richtigen Bekämpfungsmaßnahmen auch immer Perspektiven der Unterstützung aufzeigen. Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung daher auf, entsprechende Programme zu entwickeln!“

Serpil Midyatli:

Jamaika schafft keinen echten Klimaschutz!

Den ambitionslosen Plänen Jamaikas hinsichtlich des Klimaschutzes erteilen wir eine klare Absage. Die SPD-Fraktion hat einen Änderungsantrag zur geplanten Novellierung des Klimaschutz- und Energiewendegesetzes auf den Weg gebracht. Dazu erklärt Serpil Midyatli:

„Jamaika versagt beim Klimaschutz. Schon bisher hat die Landesregierung die selbst gesteckten Ziele bei der CO₂-Reduktion nicht erreicht. Das neue Gesetz von Minister Albrecht kommt zu spät und ist dazu ambitionslos. Konkrete Schritte, die zur Erreichung dieser Ziele führen, gibt es kaum. Und die im Gesetz genannten Maßnahmen reichen niemals aus. Dabei hat Schleswig-Holstein beste Voraussetzungen, als erstes Land in Deutschland klimaneutral zu werden. Damit können wir ein Vorbild sein! Dafür braucht es aber deutlich ambitioniertere Klimaschutzziele und einen Staat, der bereit ist, mit Investitionen in die Verantwortung zu gehen und diesen Klimaschutz sozial- und industriepolitisch abzusichern. Deshalb wird eine SPD-geführte Landesregierung dieses Klimaschutzgesetz im ersten Jahr nach der Landtagswahl komplett reformieren!“



„Deshalb wird eine SPD-geführte Landesregierung dieses Klimaschutzgesetz im ersten Jahr nach der Landtagswahl komplett reformieren!“

Wolfgang Baasch:

Wir brauchen eine Fachkräfteoffensive für unsere Kitas

Um das Problem vieler Kitas Fachkräfte zu finden wirksam zu lösen, haben wir einen Antrag (Drs. 19/3382) auf den Weg gebracht. Dazu erklärt der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Baasch:

„Ein wichtiges Instrument, um die Aus- und Weiterbildung zum/zur Erzieher*in oder Sozialpädagogischen Assistent*in attraktiver zu gestalten und damit mehr Fachkräfte auszubilden, ist die Einführung einer Ausbildungsvergütung. Die Praxisintegrierte Ausbildung wird bezahlt und sehr gut angenommen und schließt deshalb eine wichtige Lücke. Sie ist allerdings in Gefahr, weil die Kita-Träger die Kosten allein nicht mehr stemmen können. Wir fordern mit unserem Antrag die Landesregierung auf, die Praxisintegrierte Ausbildung stärker zu fördern und die Vergütung der angehenden Fachkräfte über die gesamte Zeit der Aus- und Weiterbildung zu bezuschussen. Außerdem müssen die Rahmenbedingungen in der Ausbildung verbessert und refinanziert werden.

Mittelfristig ist es darüber hinaus notwendig, dass der Bund und die Länder die Aus- und Weiterbildung im Berufsfeld Erziehung so reformieren, dass unsere künftigen Erzieher*innen eine angemessene Vergütung bekommen.

„Die Praxisintegrierte Ausbildung wird bezahlt und sehr gut angenommen und schließt deshalb eine wichtige Lücke!“



Die offenen Personalstellen in den Kitas zeigen, dass wir schon länger eine Fachkräfteoffensive im Bereich Erziehung brauchen. Nicht nur in den Kitas gibt es offene Stellen, auch für den Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen und in der Kinder- und Jugendhilfe fehlen Fachkräfte.

Außerdem zeigt die Antwort der Landesregierung auf unsere Kleine Anfrage zur Erzieher*innen- und SPA-Ausbildung, dass die Zahlen der Schülerinnen und Schüler im 1. Ausbildungsjahr sogar zurückgehen. Mit der Kita-Reform hat die Landesregierung versäumt, die nötigen Maßnahmen zur Deckung des Fachkräftebedarfs zu ergreifen.“

Martin Habersaat:

Die Berufliche Bildung hat eine hohe Aufmerksamkeit verdient!

So geht konstruktive, solide und erfolgreiche Oppositionsarbeit: Am 9. November hat die SPD- Fraktion einen Antrag (Drs. 19/3412) vorgelegt, die Zahl der Lehrerstellen der Beruflichen Schulen trotz sinkender Schülerzahlen konstant zu halten. Und am 17. November teilte der Wirtschaftsminister via Medien mit, die Zahl der Lehrkräfte an Beruflichen Schulen in den nächsten zwei Jahren konstant zu halten. Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, erklärt dazu:

„Während die Schülerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen gegenüber dem Vorjahr fast konstant geblieben sind, sind sie an den berufsbildenden Schulen um mehr als 2.000, das entspricht 2,3 %, zurückgegangen. Und das war nicht der erste Rückgang in den letzten Jahren. Da die Planstellenzuweisung aber nach Schüler*innenzahlen erfolgt, mussten die Beruflichen Schulen darauf mit der Einstellung von Angeboten reagieren. Allein im Kreis Plön ging die Zahl der Fachklassen vom Schuljahr 2014/15 zum Schuljahr 2018/19 um 18 Prozent zurück. Das Einfrieren der Stellen ist dabei ein kurzfristiges Mittel. Dauerhaft hilft nur eine landesweite Schulentwicklungsplanung für die Beruflichen Schulen. Das haben außer mir auch andere erkannt: „Ziel ist es, im Rahmen einer landesweiten Schulentwicklungsplanung ein Ausbildungsangebot an den berufsbildenden Schulen und RBZ in der Fläche unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten zu erhalten.“ So schrieben es sich CDU, Grüne und FDP 2017 in ihren Koalitionsvertrag. Schade nur, dass es jahrelang bei dieser Aussage blieb, ohne dass konkrete Taten hin zu so einer Planung erfolgt wären. Statt sich nach der Problembeschreibung und der Zielbestimmung der konkreten Umsetzung dieses Vorhabens zu widmen, blockierte die Regierung sich zunächst jahrelang selbst durch die unselige Verlagerung der Beruflichen Bildung vom Bildungsministerium ins Wirtschaftsministerium. Jahrelang fühlte sich die Bildungsministerin nicht mehr zuständig, jahrelang fühlte sich der Wirtschaftsminister noch nicht zuständig.“

„Dauerhaft hilft nur eine landesweite Schulentwicklungsplanung für die Beruflichen Schulen!“



Heiner Dunckel:

Lehrbeauftragte endlich angemessen vergüten!

Die SPD macht sich für die vielen Lehrbeauftragten an den schleswig-holsteinischen Hochschulen stark und hat dazu einen Antrag gestellt (Drs. 19/3325). Dazu erklärt der hochschulpolitische Sprecher der Fraktion, Heiner Dunckel:

„Mehr als 1000 Menschen haben einen oder mehrere Lehraufträge an den Hochschulen unseres Landes und tragen damit ganz wesentlich zur Lehre an den Hochschulen bei. Insgesamt sind es mehr als 1500 Lehraufträge pro Semester. Nur angemessen werden die Lehrbeauftragten dafür nicht bezahlt. Der Landesrechnungshof hat schon 2018 festgestellt, dass die Vergütung der Lehrbeauftragten zu überprüfen und anzupassen ist, da diese seit 2002 nicht geändert worden ist. Passiert ist aber nichts, obwohl die Landesregierung schon 2019 erklärt hat, die Vergütungssätze prüfen zu wollen. In den meisten Bundesländern werden Lehrbeauftragte besser bezahlt. Das muss sich in Schleswig-Holstein dringend ändern! Aber bislang hat Jamaika es unterlassen, etwa bei der Novellierung des Hochschulgesetzes etwas am Status der Lehrbeauftragten zu ändern. Im geltenden Gesetz – das nicht von der jetzigen Landesregierung formuliert wurde, das sage ich auch selbstkritisch dazu – steht sogar der herrliche Satz: „Die Lehrbeauftragten erhalten eine Vergütung, es sei denn, dass sie von sich aus auf eine Vergütung verzichten.“ Man kann es mit der Förderung des Ehrenamtes auch übertreiben. Als ehemaliger Hochschullehrer weiß ich, dass die Hochschulen ihr Lehrangebot ohne die Lehrbeauftragten nicht aufrechterhalten können. Dies zeigt auch die Anfrage vor zwei Jahren. Das wird aber nur gelingen können, wenn wir nach knapp zwei Jahrzehnten die Vergütungen wenigstens so an die allgemeine Preisentwicklung anpassen, dass die Kaufkraft von 2002 wieder hergestellt wird.“



„Bislang hat Jamaika es unterlassen, etwa bei der Novellierung des Hochschulgesetzes etwas am Status der Lehrbeauftragten zu ändern!“

Die SPD-Fraktion begrüßt Stefan Bolln herzlich in ihren Reihen

Stefan Bolln ist neuer Abgeordneter der SPD-Fraktion. Er rückt für Katrin Bockey nach, die die Bürgermeisterwahl in der Stadtgemeinde Elbmarsch für sich entscheiden konnte. Dazu erklärt die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli:

„Ich freue mich außerordentlich, dass Stefan Bolln in die Fraktion nachgerückt ist. Stefan ist nicht nur durch und durch Sozialdemokrat, sondern bringt als selbstständiger Schornsteinfeger, auf Handwerksbetriebe spezialisierter Energieberater, ehemaliger Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Schornsteinfeger, ehemaliger Sprecher des schleswig-holsteinischen Umweltforums und nicht zuletzt langjähriger Schatzmeister des SPD- Landesverbandes einen unglaublich breiten Hintergrund mit in die Fraktion. Ich bin mir sicher, dass er uns noch viele wichtige Impulse geben wird und freue mich darauf, dass wir die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit aus dem Landesvorstand nun auch in der Fraktion fortsetzen können!“

Impressum

Herausgeberin	SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
Pressesprecher	Heimo Zwischenberger
Layout	Marie Strake

Postfach 7121, 24171 Kiel

SPD FRAKTION SCHLESWIG- HOLSTEIN